

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

5.9.1924 (No. 207)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B.
C. A. Seyfried
Karlsruhe

Wegzugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Geldmark. — Einzelnummer 10 Geldpfennig, Samstags 15 Geldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Geldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Annahme der Anzeigen ist direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, Abrechnungsweg, Abrechnung und Kontoverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

Wirtschaftliche Umschau

Mit der Annahme des Dawesgutachten und seiner jetzt beginnenden Ausführung ist eine Hauptvoraussetzung dafür geschaffen, daß wirkungsvoll und endgültig der Abbau der Inflation und ein Neuaufbau der Wirtschaft in Angriff genommen werden kann. Die Schlüssel dazu lagen leider nicht in deutschen Händen und so mußte sich Deutschland sein Recht zur Arbeit und zur Wiedergewinnung seiner Wirtschaft teuer erkämpfen. Es hat einen Wechsel unterschreiben müssen, den es auch einlösen muß, aber die andere Seite war sich sicher nicht im Zweifel, daß nur unter bestimmten Bedingungen, von denen die erste als wichtigste ein absolut soziales Verhalten gegenüber Deutschland ist, wir die eingegangenen Verpflichtungen erfüllen können.

Es wird nicht so sein, daß nun die Besserung sozusagen von selbst einsetzt und sich sogleich geltend machen wird. Die Schwierigkeiten des Wiederaufbaues und der Neuordnung der Wirtschaft werden sich weiter zeigen. Es ist lediglich festerer Grund und Boden vorhanden, von dem aus sie bekämpft werden können. Die Reinigung der Wirtschaft von allem Unrentablen, von allem Leerlauf wird sich fortsetzen müssen; sozusagen automatisch werden sich die den Umsatz verteuernenden Elemente auch weiterhin ausschalten müssen, und auch das Kennzeichen der nächsten Zeit wird das Wort „Abbau“ sein, im Staat, der seine Organisation weiter vereinfachen und verbilligen muß, wie auch in der Privatwirtschaft, die sich nur halten können wird, soweit sie produktive Werte schafft oder verbessert und aktiv ist, eine Rente abwirft. „Substanz“, bei der das Letztere nicht der Fall ist, ist tote Last, der Sinn der Neuordnung der Finanzen ist es, das Lebendige, Lebensberechtigte, produktionsfähige festzuhalten u. das Ganze auf seinen wirklichen Wert abzusuchen.

Der Staat hat die Aufgabe, dafür alle Voraussetzungen zu schaffen durch Abbau aller Belastungen, zu denen er unter Aufrechterhaltung seines gleichfalls neu zu organisierenden und vereinfachenden Apparates imstande ist. Wenn die natürliche Entwicklung jetzt auf der einen Seite Stillelegungen bringt, so muß auf der andern Seite, alles getan werden, was den vollen Betrieb der zum rentablen Arbeiten fähigen Unternehmungen ermöglicht und alles unterlassen werden, was das Weiterbestehen überflüssiger und produktionsvertuenernder Unternehmungen und Vereinbarungen erleichtert. Die Verbilligung der Produktion, ihre größtmögliche Rentabilität, damit verbunden Preisabbau, so daß wir in der Weltwirtschaft tatsächlich konkurrieren können, werden Momente sein, die überall bewirkt zu fördern sind, wo sie sich nicht infolge natürlicher Entwicklung und Auslese schnell genug durchsetzen. Nur ein Sinken der vielfach noch über den Weltmarktziffern stehenden Preise wird auch den Inlandsmarkt und Konsum beleben und die Vorbedingung zu wieder stärkerer Beschäftigung schaffen. In dem großen Handels- und Industrieland England hat man das erkannt und besonders im Hinblick auf die deutsche Konkurrenz für die englische Wirtschaft ein Programm in diesem Sinne bereits aufgestellt.

Natürlich werden Staat und Öffentlichkeit kein reines Manchesterium predigen dürfen. Auch unter den kommenden Wirtschaftsschwierigkeiten wird nicht alles dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden können, schon aus dem Grunde nicht, weil dadurch allein nicht die notwendige Reinigung und Besserung herbeigeführt wird. Auch weiterhin hat der Schwache Anspruch auf Schutz durch den Staat, dieser darf u. kann keine hemmungslose Entwicklung des Starken zulassen, wenn sie nicht mehr den Interessen der Allgemeinheit dient, sondern sich gegen sie wendet. Diesem sozialen Moment im weitesten Sinn des Wortes, wird jede Regierung Rechnung zu tragen haben, dieses Moment ist es gerade, das allein den Staat als die Organisation der Allgemeinheit zusammenzuhalten imstande ist. Die Ärzte an unserem kranken Wirtschaftskörper werden der Natur nicht ganz freien Lauf lassen können, ihre Aufgabe wird es hier wie auch sonst in der Weltkunde sein, die Natur zu unterstützen und dabei allen Gliedern des staatlichen Gesamtindividuum die denkbar größte Sorgfalt angedeihen zu lassen, um sie unverfehrt zu erhalten und nicht lediglich einem elenden Krüppel, ein Leben zum reinen Vegetieren wiederzugeben.

Das große schwierige Kapitel „Verteilung der Lasten“ eröffnet sich hier vor allem, und im engsten Zusammenhang damit eine Reihe von Unterkapiteln. Hierzu ge-

hören die Arbeitslosenfrage, die Frage des Schutzes der Landwirtschaft, die Handelsvertragsabschlüsse, die Aufwertungsfrage, Wohnungsfrage u. a. Es muß für die dem Abbau in Industrie und Handel, und bei den Behörden zum Opfer fallenden Beschäftigung und Brot geschaffen werden, die 20 Millionen, die unmittelbar ihren Erwerb aus der Landwirtschaft ziehen, haben Anspruch auf entsprechenden Schutz im Interesse der Allgemeinwirtschaft, der sie sonst auf andere Weise zur Last fallen würden, die durch die Inflation enteigneten Kreise auf Wiedereinsetzung wenigstens in einen Teil ihres Eigentums und, wo nicht anders möglich, auf Unterstützung. Und alles das kann nur im heute mehr denn je beschränkten Rahmen des Möglichen und für die Allgemeinheit Tragbaren geschehen. Soziale Lasten und Aufwertung müssen so gestaltet werden, daß die deutsche Produktion konkurrenzfähig bleibt und sie tragen kann. Das gleiche gilt für die landwirtschaftlichen Schutzzölle, die keine höheren Lebensmittelpreise im Inland herbeiführen dürfen, als sie das mit uns auf dem Weltmarkt konkurrierende Ausland zahlt.

Die Reichsregierung hat sich jetzt prinzipiell für eine Herabsetzung der Gütertarife ausgesprochen. Man will damit offenbar Handel und Wirtschaft unterstützen, preisvertuenernde Momente ausschalten und auch im Interesse der Reichsbahnen selbst den Güterverkehr beleben, der in letzter Zeit verschiedentlich einen bedenklichen Rückgang zeigte. Das Ausmaß der Herabsetzung der Gütertarife scheint endgültig noch nicht festzustehen. Man will anscheinend mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht nach seiner Rückkehr auch noch über Unterstützungen und Erleichterungen für die Wirtschaft auf anderen Gebieten verhandeln, von denen man, freilich erst in Verbindung mit den geplanten Schutzzöllen, die Herabsetzung der Umsatzsteuer schon in Aussicht genommen hat. Die Wirtschaft hat mehrfach erklärt, daß die Herabsetzung der Gütertarife allein ihr nicht den genügenden Antrieb geben könne.

Eine an und für sich erfreuliche Tatsache ist die Besserung der deutschen Handelsbilanz, die sich für den Monat Juli zum ersten Male wieder aktiv zeigte. Es ist die Exportziffer angestiegen, nicht zuletzt wohl auch deshalb, weil gewisse Produzentengruppen die Notwendigkeit der Angleichung ihrer Preise an die des Weltmarktes erkannt haben. Freilich zeigt die Statistik, daß die Aktivität der Generalbilanz nicht zuletzt auf den Rückgang der Einfuhr an Rohstoffen zurückzuführen ist, daß also nicht allzuviel Aussicht besteht, daß sie anhält, da sich die Rohstoffeinfuhr schon im Interesse der deutschen Produktion auf die Dauer nicht drosseln lassen wird und ihr Rückgang in der Hauptsache eine Folge des Geldmangels sein dürfte.

Von der Leipziger Messe kommen Meldungen über recht guten Besuch auch aus dem Ausland, doch wird über schleppendes Geschäft geklagt, nach dessen Ursachen man kaum weit suchen muß: Noch nicht genügender Preisabbau, demzufolge schwieriges Konkurrieren mit dem Ausland, schwache Kaufkraft des Inlandes, Geldmangel und unzureichende Zahlungs erleichterungen.

Weiterhin beanspruchen die kommenden Handelsvertragsverhandlungen größtes Interesse, für uns in Baden besonders die mit Frankreich und der Schweiz, welche die immer noch scharfen Einfuhrbeschränkungen für deutsche Waren aufrecht erhält, während der deutsche Abbau der Einfuhrverbote dauernd fortschreitet, trotz der Schwierigkeiten, welche uns die Gestaltung unserer Handelsbilanz sicher auch fernerhin auferlegen wird.

Die deutschen Sparkassen können einen langsam steigenden Zufluß an Einlagen verzeichnen, ganz im Gegensatz zu den Privatbanken, deren Einlagebestand seit Frühjahr nahezu stabil geblieben ist. In den deutschen Sparkassen werden jetzt etwa 1 1/4 Milliarden Goldmark liegen und sie stehen nun vor der Frage, welche Geldpolitik sie künftig betreiben sollen, ob sie sich wie früher hauptsächlich oder ausschließlich auf das langfristige Kommunal- oder Realcreditgeschäft beschränken sollen, oder ob sie sich auch weiter als mittelständische Kreditinstitute ausbauen sollen. Da sie heute fast ausschließlich kurzfristige Gelder zur Verfügung haben, ist ihnen vor allem der zweite Weg gewiesen, und es sind die Klagen auf dem Stuttgarter Sparkassentag verständlich, die gegen die Zurückführung der Girozentralen und Sparkassen bei der öffentlichen Kreditverteilung erhoben worden sind. Die Sparkassen wenden sich damit gegen die Bevorzugung der Privatbanken und die Genossenschaften, die allerdings,

was den Zufluß an fremden Geldern anlangt, ungünstiger dastehen dürften als die Sparkassen, da, wie gesagt, die Einlagebestände der Banken nicht steigen wollten und die der Genossenschaften an und für sich nicht hoch sind. Es hat eben die zentrale Regelung der Kreditverteilung eine erheblich größere Bedeutung als früher, da die in der privaten Wirtschaft zirkulierenden Summen leider gegenwärtig verhältnismäßig hoch recht gering sind. Bleiben aber die Sparkassen auf das langfristige Geschäft allein beschränkt, das vorerst wenig rentabel ist, so werden dies letzten Endes sowohl Kommunen wie Sparer merken. Die Rehrseite einer besseren Berücksichtigung der Sparkassen freilich wird eine stärkere Beaufsichtigung sein müssen, da die Sparkassen vielfach im kurzfristigen Kreditverkehr noch nicht die Erfahrungen wie die anderen Institute haben, weshalb sie einen besonders vorsichtigen und verantwortungsvollen Geschäftspolitik betreiben müssen.

Macdonald u. Herriot in Genf

Macdonald für Schiedsgerichte, Abrüstung, Beitritt Deutschlands zum Völkerbund

Der englische Premierminister Macdonald hielt auf der Genfer Völkerbunderversammlung am Freitag eine sehr bedeutende Rede, in der er die wichtigste aktuelle Frage behandelte. Seine etwa einstündigen, wirkungsvollen mit rednerischem Schwung vorgetragenen Ausführungen, bei denen er sich zeitweise direkt an die französische Delegation wandte, wurden mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen und vielfach von stürmischem Beifall unterbrochen.

Anstatt des Garantiepaktentwurfes, der nur militärische Sicherung gegen angreifende Staaten ohne völlige Abrüstung vorsieht, will Macdonald durch eine internationale Konferenz, an der auch Amerika, Deutschland und Rußland beteiligt sind, das Abrüstungsproblem angehen. Parallel mit der Abrüstung soll ein allgemeines Schiedsverfahren stehen, das an die Stelle der militärischen Sicherung des Garantiepaktes zu setzen wäre. Dabei soll der Völkerbundspakt selbst die Grundlage bilden, sowie die Schaffung des internationalen ständigen Gerichtshofs. Die Mitarbeit des Völkerbunds bestünde darin, daß er sofort eine Kommission ernannt, die diese Frage unter Berücksichtigung des anderen, bisher vorliegenden Materials zu festen Vorschlägen konkretisiert, die dann der internationalen Abrüstungskonferenz, die in Europa stattfinden soll, zu unterbreiten wären. Das einschlagende Verfahren wäre also folgendes: Ernennung einer Kommission, die jedoch in dieser Tagung der Völkerbunderversammlung ihre Arbeiten abschließt, Annahme ihrer Vorschläge durch die Völkerbunderversammlung, Prüfung dieser Vorschläge von den einzelnen Regierungen, Einberufung einer internationalen Konferenz spätestens in einem Jahr.

Macdonald erklärte im Namen der englischen Regierung, daß sie alles tun werde, was in ihrer Macht liege, um das Ansehen und den Einfluß des Völkerbundes zu erhöhen. Er polemisierte dann in längeren Darlegungen gegen den Garantiepaktentwurf des Völkerbundes, der nicht geeignet sei, den Frieden zu sichern. Man müsse sich darüber klar sein, was Sicherheit und was Aggression bedeute. Durch Verträge und Pakte, die sich nur auf militärische Garantien stützen und das Prinzip der bewaffneten Macht aufrecht erhielten, sei der Friede nicht zu sichern. Dies werde vielmehr immer die ständige Gefahr neuer Kriege schaffen. Der Friede sei nur zu sichern durch ein System von Schiedsverträgen. Er, Macdonald, schlage daher vor, daß eine Kommission damit betraut werde, genaue Vorschläge darüber auszuarbeiten und zu prüfen, welche Kompetenzen und welche Anstalten das schiedsgerichtliche Verfahren haben könne. Er wünsche, daß dabei besonders die fakultative Klausel der Satzungen des Ständigen Internationalen Gerichtshofs über die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit ausgebaut werde. Die englische Regierung sei bereit, sich einem Schiedsgerichtssystem, das geeignet sei, den Frieden zu erhalten, anzuschließen. Gleichzeitig müsse die Frage der Entwaflnung gelöst werden. Wenn die Kommission mit ihrer Arbeit fertig sei, sollte eine internationale Konferenz einberufen werden, deren Voraussetzung es sein müsse, daß sie in Europa stattfinden und daß alle Staaten an ihr teilnehmen.

In seinen Ausführungen über die Angemessenheit aller militärischen Sicherungen und seiner Kritik über den Garantiepakt, vor allem an der Definition der Begriffe „Sicherheit und Angriff“, erklärte Macdonald unter beträchtlicher Bewegung in der Völkerbunderversammlung, daß es sehr schwer sei, die Verantwortung festzustellen. Alle diejenigen, die die Geschichte studiert haben, kennen die Schwierigkeiten, die der Feststellung der Verantwortung eines Staates entgegenstehen, vor allem was die letzten Entscheidungen betrifft. In 50 Jahren werden die Geschichtsschreiber diese Fragen lösen können, aber nicht die Politiker, die die Kriegslage miterlebt haben.

Mit einer Beilage: 33. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages

Was den Völkerverbund betrifft, der das große Verdienst hat, durch die Vorarbeiten dieser Kommission die wirkliche Sicherheit gefördert zu haben, so könne er sein Ziel nicht erreichen, wenn er nicht alle Staaten umschließe, auch jene Staaten, die man als die bedrohenden Staaten bezeichne. Deutschland kann nicht außerhalb des Völkerverbundes bleiben. Wenn ich eine Formel gebrauchen darf, die man hoffentlich nicht missverstehen wird, so möchte ich sagen, daß wir ihm nicht gestatten dürfen, draußen zu bleiben. Es gibt nicht eine einzige Debatte über Abrüstungs- und Friedensbedingungen, über Sicherheiten, über die Sicherung der Existenz der kleinen Nationalitäten, nicht eine einzige große Frage, über die wir hier diskutieren können mit dem thronenden leeren Stuhl in unserer Mitte. Auch kann Deutschland in seinem eigenen Interesse nicht fern bleiben. Verhandlung mit einem isolierten Berlin können nie wirksam sein. Die Londoner Konferenz hat neue Beziehungen zu Deutschland und den europäischen Staaten geschaffen, und diese Beziehungen können jetzt sanktioniert und besiegelt werden durch Deutschlands Erscheinen in dieser Versammlung. Der Völkerverbund hat die Aufgabe übernommen, wieder ein europäisches System zu schaffen; aber dieses System wird niemals bestehen, solange unsere früheren Feinde nicht aufgehört haben, unsere Feinde zu sein und diesem System ihre Mitarbeit zu widmen. Ich hoffe, daß dies sofort geschehen kann, trotz der Schwierigkeiten und trotz der technischen Einzelheiten, die anscheinend noch bestehen. Lassen Sie uns eine neue Ära der Liga beginnen, wie ich hoffe, daß wir eine neue Ära in Europa beginnen. Es wäre mir sehr angenehm, wenn es möglich wäre, während der drei oder vier Wochen, die noch die Tagung dieser Versammlung dauern, diese Frage anzuführen, nicht mit dem Wunsch einer hinauschiebung, sondern mit dem Wunsch einer sofortigen und dauernden Regelung. Die markanteste Seite dieser Ausführungen würden von einem strahlenden Teil der Versammlung, vor allem von den nordischen Staaten, mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Weiter führte Macdonald aus: Auch Rußland muß herangezogen werden. Rußland hat eine wesentliche Veränderung durchgemacht. Die Verträge, die es gegenwärtig abschließt, beweisen, daß es wünscht, in die allgemeine Gesellschaft zurückzuführen, und daß es auch bereit sein wird, den Platz in einem internationalen System einzunehmen.

Amerikas Lage sei besonders bevorzugt. Es könne sich erlauben, von den Problemen fernzubleiben. Auch habe die Lage in Europa in den letzten Jahren keine besondere Anziehungskraft auf Amerika ausüben können. Trotzdem habe man die amerikanischen Staaten bereit gefunden, wenn man ihrer bedürftig hätte, und sie hätten besonders glücklich auf die Lösung der Londoner Probleme eingewirkt.

Macdonald kam am Schluß seiner langen Ausführungen namentlich auf die Frage der Sicherheiten zurück und warnte nochmals eindringlich besonders auch die kleinen Staaten, die neu aus dem Krieg hervorgegangen sind, sich der gefährlichen Täuschung hinzugeben, daß Patente und Verträge, die auf militärischer Grundlage beruhen, Kriege verhindern könnten und ihre Existenz stützen könnten. Er wiederholte, daß nur eine allgemeine Konferenz auf Grund der Vorarbeiten einer Kommission, in der auch das Projekt der amerikanischen Gruppe berücksichtigt werden könnte, den Wunsch für eine Sicherstellung des Friedens und die Verhinderung künftiger Kriege vorbereiten könne.

Macdonalds Rede wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Der Präsident der Versammlung Motta dankte Macdonald für seine Ausführungen und vertagte hierauf die Sitzung auf den Nachmittag.

Viel bemerkt wurde die weitere Wendung in der Rede Macdonalds, in der er die Entscheidung des Völkerverbundes in der oberirdischen Frage als einen Irrtum bezeichnete, um hinzuzufügen, daß allerdings dem andere Leistungen des Völkerverbundes, die ihm Anhänger erwerben könnten, gegenüberstünden. Später wurde Pressevertretern eine Erklärung Macdonalds abgegeben. Zu dem Absatz seiner Rede über Oberschlesien bemerkt der Ministerpräsident, daß seine Worte zu einem Mißverständnis Anlaß geben könnten. Er erwähnte den Fall Oberschlesien als einen von den Fällen, die in der Presse häufig kritisiert worden während nützliche, über die die öffentliche Meinung einstimmig denke, selten erwähnt wurden. Der Ministerpräsident habe keineswegs die Absicht gehabt, ein Urteil über die Entscheidung im Falle Oberschlesien zu fällen.

In der Nachmittagsitzung der Völkerverbundsversammlung nahmen alle Redner zu den von Macdonald aufgeworfenen Problemen Stellung. Der polnische Außenminister Strzyski verteidigte das System der Sonderverträge. Er wurde von den Vätern der kleinen Entente mit starkem Beifall unterstützt. — Der holländische Minister des Äußern, van Karnebeek,

schloß sich der Auffassung Macdonalds an, wonach der Völkerverbundspakt eine ausreichende Grundlage für ein Schiedsverfahren und für die Regelung der Sicherheitsfrage biete. — Der dänische Ministerpräsident Stauning, erhört vom Völkerverbund die Verwirklichung der größten Hoffnung der Menschheit. — Charlton-Australien wies auf die Notwendigkeit hin, daß die diesjährige Völkerverbundsversammlung etwas Positives in der Abrüstungsfrage leiste. Er sei einverstanden mit dem Vorschlag, an Deutschland im Laufe der jetzigen Tagung eine Einladung erteilt zu lassen.

Heute spricht Herriot

Am heutigen Freitag sprach Herriot auf der Völkerverbundsversammlung, der den französischen vom englischen verschiedenen Standpunkt darlegte.

Herriot stimmte dem Schiedsgedanken, den Macdonald vorgebracht hatte, zu. Das Verfahren dürfe aber keine Falle für gutgläubige Völker sein, und die Loyalität aller Staaten, auch der kleinsten, müsse durch Sicherheiten geschützt werden. Nur in der Verbindung von Macht und Gerechtigkeit — erklärte Herriot unter Beifall der Versammlung an ein Wort von Pascal anknüpfend — liege die Lösung. Er erinnerte an das Beispiel Belgiens und erklärte, es dürfe nicht wieder vorkommen, daß Bürger von Staaten, die nur den Frieden wollen, vier Jahre auf die Rückkehr in ihre Heimatstätten warten müssen. Mit dem Plan einer allgemeinen Abrüstungskonferenz erklärte sich Herriot einverstanden; aber diese Konferenz dürfe nicht ohne oder gegen den Völkerverbund arbeiten und somit den Krieg zwischen zwei Völkerverbundsorganisationen bedeuten. — Was Deutschland anbetrifft, so habe Frankreich den zerstörenden Militarismus bekämpft, der in öffentlicher Parlamentsitzung mit den Worten: „Nolent in seculo“ proklamiert worden sei. Was die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerverbund anlangt, so gebe es keine Ausnahmen und keine Vorzugsbehandlung. Herriot sprach auch den Wunsch aus, auf die Möglichkeit einer künftigen Annäherung Rußlands in der internationalen Zusammenarbeit hinzuwirken.

Schiedsverfahren, Sicherheit und Entwaffnung bilden ein zusammengehöriges Ganzes. Die amerikanischen Vorschläge über ein Garantiepaktprojekt, die auch dem Schiedsverfahren große Bedeutung beimessen, seien ebenfalls der Beachtung wert. Alle diese Fragen seien in Kommissionen zu prüfen, wenn auch besser nicht in einer besonderen Kommission, wie Macdonald es angeregt habe, sondern in den regulären Organismen des Völkerverbundes. Auch die Rede Herriots wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Wie der Genfer Sonderberichterstatter des „Petit Journal“ zu melden in der Lage zu sein glaubt, wird am Samstag die französische und die britische Delegation in Genf zu einer gemeinschaftlichen Sitzung zusammenkommen, um die großen Linien eines allgemeinen Programms festzulegen. Dieser bedeutsamen Zusammenkunft wird ein gemeinsames Mittagessen folgen, bei dem die beiden Ministerpräsidenten Neben halten werden.

Deutschland ratifiziert das Washingtoner Arbeitszeitabkommen

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns veröffentlicht im Reichsarbeitsblatt einen Artikel über die Frage der Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens. In diesem Artikel ist auch die formulierte Erklärung enthalten, die Minister Brauns auf die sozialdemokratische Interpellation über diese Frage im Reichstag abgegeben wollte, was aber wegen der Vertagung des Reichstages nicht mehr erfolgen konnte.

Die Erklärung besagt u. a., die Regierung habe die Ratifizierung des Abkommens niemals grundsätzlich abgelehnt. Die jetzige deutsche Gesetzgebung über die Arbeitszeit sei von der Reichsregierung stets als ein Notgesetz betrachtet und gekennzeichnet worden. Unsere Verluste und Lasten infolge des Krieges sind so viel schwerer als die aller anderen Großmächte, daß niemand von Deutschland ein Vorangehen in der Frage der Ratifizierung des Abkommens erwarten kann. Deutschland ist gerne bereit, mit den übrigen in Betracht kommenden Staaten eine Verständigung über die internationale Arbeitszeit herbeizuführen und würde sich in diesem Falle zu einer Ratifikation des Washingtoner Abkommens bereit finden. Dabei muß die Reichsregierung als selbstverständlich voraussetzen, daß zur Verhütung außerordentlicher Gefährdung Lebensnotwendigkeiten der Artikel 14 des Washingtoner Abkommens Anwendung findet. Zu dieser Regierungserklärung ist zu bemerken, daß der Artikel 14 des Washingtoner Abkommens vorsieht, daß die Bestimmungen des Abkommens im Kriegsfall oder bei Ereignissen, die eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellen, aufgehoben werden können. Am 8. September wird in Bern eine Zusammenkunft des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns mit den Arbeitsministern der großen europäischen Länder stattfinden, um in der Frage der Ratifizierung des Abkommens eine Klärung herbeizuführen.

Bruno Hüner. Ich möchte nach einer so kleinen Rolle mich vor einem endgültigen Urteil hüten, aber so viel ist doch zu sagen, daß die Darstellung des neu verpflichteten Mitglieds unserer Bühne in keiner Weise befriedigte.

Den Mittelpunkt und zugleich den Höhepunkt der Gesamtdarstellung bildete Molière, den der Oberkerler U. v. d. Trend-Ulrici selbst mit seiner reifen Kunst verkörperte. Hier erlebten wir in tiefstiller Schattierung eine überzeugende, lebenswarme Persönlichkeit. Der Schauspieler hat dem Oberkerler zum Siege verholfen, die Ehre des Abends gebührt in jeder Beziehung ihm. Außer ihm seien noch lobend erwähnt Eise Noormans Fräulein Wejart und Marie Genter's Fräulein de Vrie.

Ich möchte diesen ersten Bericht aus der neuen Spielzeit nicht schließen, ohne mit Befriedigung und Dank der baulichen Veränderungen des Theaters zu gedenken, die bei aller Einfachheit mit Geschmack durchgeführt sind und insbesondere dem Foyer endlich ein würdiges Gewand verliehen haben.

Prof. Dr. Karl Holl.

Tamerlan

Oper in 3 Akten von Händel
(Zur Einföhrung)

Der Stoff der Oper ist historisch und enthält als Kern den spannenden, heißen Kräfteausstrag zwischen zwei großen, zeitgenössischen Helden: dem Türkentatler Bajazet und dem Tatarenführer Tamerlan. Die Kriegszüge beider hatten um die Wende des 15. Jahrhunderts die Selbständigkeit Europas aufs Schwerste bedroht. Bajazet (mit dem Beinamen Al-Derim, der Wetterstrahl) hatte bei Nicopolis den ungarischen König Sigismund geschlagen und war im Jahre 1401 zur Belagerung Konstantinopels geschritten, als ihm die Kunde wurde, daß der Mongole Tamerlan (Timur, Timur lenk), der sich zum Oberherrn der mongolischen Stämme gemacht hatte, in Kleinasien eingedrungen sei und die alte Türkentatlerstadt Bursa eingenommen habe. Bajazet wandte sofort sein Heer, verlor aber bei Angora Schlacht und Freiheit. Zu stolz, sich gefangen zu befehlen, trotzte er allen Annäherungs- und Ver-

Die Inkraftsetzung des Londoner Abkommens

Owen Young in Berlin

Owen Young, der die Geschäfte des Generalagenten für Reparationszahlungen bis zum Eintreffen seines endgültigen Nachfolgers Gilbert führen wird, ist in Berlin angekommen. In seiner Begleitung befanden sich die Herren Guit, Fadyan und Rufus Dawes. Im Auftrage des Reichsfinanzministers hatte sich neben anderen Oberregierungsrat Maier auf dem Bahnhof Friedrichstraße zum Empfang eingefunden. Nach seiner Ankunft in Berlin empfing Owen Young die Presse im Hotel Adlon zu einer kurzen Besprechung. Er gab bei dieser Gelegenheit folgende Erklärung ab:

„Es muß in der ganzen Welt, besonders in Deutschland das Gefühl der Erleichterung und Befriedigung ausstrahlen, zu wissen, daß jetzt in Berlin die einleitenden Schritte unternommen werden, um das Londoner Abkommen und den Damesplan in Wirksamkeit zu setzen. Ganz abgesehen von den Verdiensten oder Mängeln des Planes selbst, über die zu sprechen man anderen überlassen muß, kann man sagen, daß er bereits nicht nur die Grundlagen des Abkommens zwischen den alliierten Regierungen, sondern auch die Verständigung zwischen ihnen und Deutschland ermöglicht, einer wirklichen Verständigung von Gleichberechtigung nach ausführlicher Aussprache und wichtigen Konzessionen. Der Plan brachte die Welt schon eine Strecke auf dem Weg zu Ruhe und Frieden vorwärts. Ob der Plan so gut ist, wie seine begeisterten Befürworter glauben, oder so schlecht, wie seine schmerzhaften Feinde sagen, ist nicht annähernd so wichtig, wie die Frage, ob alle interessierten Länder gewillt sind, ihn in Wirksamkeit zu setzen. Wenn sie das sind, so wird der schlechteste Plan Erfolg haben, wenn nicht, so wird der beste Plan scheitern. Deutschland tat, ich freue mich das sagen zu können, den ersten Schritt mit der Zahlung von 20 Millionen Goldmark an den Generalagenten. Das geschah mit einer Pünktlichkeit, die ein gutes Beispiel bildet. Ich bin sicher, die nächsten Schritte werden von den Alliierten mit der gleichen Pünktlichkeit ausgeführt. Nicht der Plan, sondern der hinter ihm stehende Geist bezeichnet die erste Wendung zu einer besseren Methode nach dem langen traurigen Weg, den wir alle zurückgelegt.“

Aber die Ernennung Gilberts zum ständigen Generalagenten erklärte Young folgendes: Mit großer Befriedigung erfuhr ich aus den Zeitungen die Wahl Gilberts zum ständigen Generalagenten. Wir könnten in den Vereinigten Staaten keinen besseren Mann finden, um diese schwierige, lastenreiche Aufgabe zu übernehmen. Seine Erfahrung, die Unparteilichkeit seines Urteils, sein klarer Sinn und sein feiner, selbstloser Geist bürgen für eine erfolgreiche Durchführung seines Amtes.“

Amerika und der Damesplan

W.D. Newpor, 5. Sept. (Durch Funkpruch.) Nach einer Meldung aus Washington erklärte Schahamtssekretär Mellan, die Annahme des Damesplanes beweise, daß Amerika besser in der Lage sei, seine Macht zum Besten der Welt anzuwenden, wenn es inoffiziell als Freund und Berater wirke, als wenn es offiziell mit dem Völkerverbund verknüpft wäre. Die günstige Wirkung des Damesplanes mache sich bereits fühlbar. Er erkläre nur geringe Schwierigkeiten in der Finanzierung der deutschen Anleihe. Die amerikanischen Exporteure seien bereits bestrebt, mit Deutschland in Verbindung zu treten. Es sei reichlich Kredit verfügbar. Die amerikanischen Finanzkreise seien bereit, in weitem Umfang die deutsche Handelsverflechtung anzunehmen, da sie der Ansicht seien, daß alles auf einen baldigen Aufschwung Deutschlands und ganz Europas hindeute. Zweifelloso würden auch auf den Auslandsmärkten die deutschen Waren wie vor dem Krieg aufkaufen werden. Wenn Deutschland aber Fabrikate absetze, dann müßte es Rohstoffe kaufen und dies sei von Nutzen für die amerikanische Geschäftslage.

Die Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen

W.D. Paris, 4. Sept. Havas meldet aus Koblenz. Im Einklang mit dem Schlußprotokoll der Londoner Konferenz und als Folge der ersten Feststellungen, die von der Reparationskommission gemacht wurden, ist die interalliierte Rheinlandkommission gestern unter dem Vorsitz des französischen Oberkommissars, Tirard, zusammengetreten und hat die sofortige Veröffentlichung von fünf Ordnungen beschlossen. Die erste ordnet die Aufhebung der Zollverhinderung an der Ostgrenze der besetzten Gebiete vom 9. September ab an. Die zweite stellt unverzüglich die Freiheit des Personenverkehrs zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet wieder her. Die dritte, die ebenfalls unverzüglich in Kraft tritt, stellt die Freiheit des Automobilverkehrs wieder her. Die vierte macht

handlungsversuchen Tamerlans, der ihn gerne als Bundesgenossen gewonnen hätte. Dem unzufriedenen Tamerlan imponierte die selbstige Größe Bajazets; aber er konnte natürlich nicht duden, daß ihn dieser fortgesetzt wie den Besiegten behandelte. In zorniger Aufwallung ließ er darum den Zirkelkaiser ins Gefängnis werfen, wo dieser nach kurzer Zeit, vielclich durch die eigene Hand, starb, ohne sich beugen zu haben.

Diese heldenmütige Haltung Bajazets, sowie sein Schicksal überhaupt (strahlender Aufstieg zum Zenit und jäher Abstieg) hat von je die Künstler für ihn eingenommen. Maler und Zeichner haben seine Begegnung mit Tamerlan dargestellt, Dichter — unter ihnen Racine — seine Lebensgeschichte dramatisch behandelt. Auch die Legende hat sich des Stoffes bemächtigt. Nach ihr hat Bajazet seine Tochter bei sich gehabt, die mit ihm in Gefangenschaft fiel. Ihre heimlich verlobte, der dem Tamerlan tributpflichtige Griechenfürst Andronikos, mühte sich vergeblich, um eine Verständigung zwischen den beiden großen Gegnern und beranlaßte zuletzt, als Bajazet im Kerker schmachtete, die Tochter, seine Braut, Tamerlan um Gnade für ihren Vater anzusuchen. Kaum aber war der Schleier von des Wädchens Stirn gegliht, als Tamerlan in heftiger Liebe zu der bestrittenen Türkinn entbrannte, trotzdem er sich schon mit der Fürstin von Trapezunt verlobt hatte, die sich auf seinen Befehl sogar schon unterwegs zu ihm befand. Er verlangte von Andronikos, der (in furchtbarem Konflikt) sein nahes Verhältnis zu Bajazet und dessen Tochter nicht mitzuteilen wagte, die Werbung bei Bajazet; um Zeit zu gewinnen und eine Flucht ins Werk zu setzen, sagte Andronikos zu, wodurch er jedoch bei seiner Verlobten in falschen Verdacht geriet, die, um sich für den vermeintlichen Treubruch zu rächen, beschloß, Tamerlans Gemahlin zu werden. Ebenso stark aber war, für sie der Grund, Tamerlan, und zwar bei seiner ersten Liebestofung, töten zu können, und Bajazet aus dem Kerker und der Gefangenschaft zu befreien. Aber alle ihre Verluste schlugen fehl. Da Bajazet dem Tamerlan die Hand seines Kindes verweigerte, der Mongole aber durch die Anschläge des Wädchens so erbittert worden war, daß er Vater und Tochter zur niedrigsten Knechtschaft

Badisches Landestheater

Molièreabend

Das Landestheater brachte aus der letzten Spielzeit eine aufgefrischte Vorstellung von Molières „Amphitruon“, über die grundsätzlich nichts Neues zu berichten ist. Sie wird auch in dieser Spielzeit noch manche Wiederholung erleben, um so mehr, als der frühere wessensfremde Aufakt jetzt ersetzt ist durch die Aufführung des ironisch-witzigen „Impromptu de Versailles“, das der feinsinnige und geschmackvolle Künstler unseres Landestheaters Herr Staatschauspieler Ulrich von der Trend-Ulrici als „Die Lustspielprobe“ in süßiger Weise übertragen hat.

Die wichtige Abrechnung Molières mit seinen hämischen und neidischen Kritikern ist bei uns wenig bekannt und bis jetzt auch nur höchst selten zur Aufführung gekommen. Da hier nun auch noch eine neue, durchaus selbständige Übersetzung vorliegt, so durfte mit Recht von einer Uraufführung gesprochen werden. Es war ein sehr glücklicher Gedanke v. d. Trend-Ulricis, dieses Siegreichstück von Versailles unserer Bühne neu zu erobern, denn abgesehen von seinem literarisch-literarischen Interesse, das vor allem in dem Selbstporträt Molières liegt, hat es theaterpraktisch die nicht zu unterschätzende Bedeutung, daß es gerade von richtigem Ausmaße ist, um als Einleitung zu einer Anzahl von Molièreskomödien die „Abendfüllung“ zu ermöglichen. Da bei dieser Fällung dem Zuschauer gestattet wird, gewissermaßen Molière hinter die Kulissen zu schauen, so wird sie sicherlich überall willkommen sein.

Herr Robert Bärner setzte das Stückchen in Szene, ohne damit aber besonderen Beruf zur Spielleitung zu bekunden. Es fehlte an der richtigen Atmosphäre der Molièreskomödien. Güte er sich etwas tiefer in Molièreskomödien eingeleitet, dann wäre ihm zum Bewußtsein gekommen, wie Molière die von ihm angegriffenen Marquisen in ihren Bewegungen nicht nur, auch in ihrer Kleidung bis zu ihren Schuhen hätte dargestellt sehen wollen. Bei einem solchen Stück ist Grundbedingung die Stilleheit, und die sich Herr Bärner bemühen. Besonders wurde dies offenbar an dem Marquisen von

die Sondermaßnahmen rückgängig, die von der Kommission betreffend die Schiffsfahrtsrechte für den Rheinverkehr erlassen worden waren. Die fünfte hebt verschiedene Verordnungen bezüglich des Umlaufs von Reichsgeld in den besetzten Gebieten auf.

Die Zollgrenze fällt somit in der Nacht vom 8. auf 9. September. Die Zulass- und Ablaufbewilligungen für Eisenbahnfahrten zwischen dem unbesetzten und dem besetzten Gebiet sind von diesem Tage ab, wie aus Berlin gemeldet wird, nicht mehr erforderlich. Um Störungen an den Eisenbahnstellen zu vermeiden, sind die Eisenbahndienststellen angewiesen, vor dem 10. September keine Sendungen ohne die jetzt vorgeschriebenen Erfordernisse (Derogationen usw.) anzunehmen, da sie sonst entweder der Beschlagnahme verfallen oder zurückgewiesen werden. Im Eisenbahnverkehr mit dem Auslande durch das besetzte Gebiet tritt vorläufig keine Veränderung ein.

Ueber die Bestimmungen wegen Aufhebung des Passzwanges berichten wir an anderer Stelle.

Der Abbau des Micumsystems

Berlin, 5. Sept. Nach einer Meldung der „Voss. Zig.“ aus Essen werden nunmehr nach dem Aufhören des bisherigen Micumsystems für den Ruhrbergbau demnächst Verhandlungen zwischen dem unbesetzten und dem besetzten Gebiet einerseits und der Reparationskommission und den in Essen verbleibenden Mitgliedern der bisherigen Micum andererseits stattfinden, um Abmachungen zu treffen über die Menge der von Deutschland zu liefernden Reparationskohlen und über die Art der Lieferungen.

Reichseisenbahn und Regie

Wie die Berliner „Zeit“ von gut unterrichteter Seite erfährt, stehen Verhandlungen der deutschen Reichsbahnverwaltung mit der Verwaltung der Regiebahnen bevor. Man glaubt, daß sich die Übergabe der Regiebahnen an die Reichsbahnverwaltung schnell vollziehen wird, jedenfalls eher, als in sechs Wochen.

Politische Neuigkeiten

Das Reichsfinanzministerium über die Anleiheaufwertung

Aus Berlin meldet W.D.: Eine Berliner Abendzeitung meldete, daß in den nächsten Tagen eine Besprechung zwischen Vertretern des Reichsfinanzministeriums und Vertretern der Bankwelt wegen der Aufwertungsfrage der deutschen Anleihe stattfinden, und daß zunächst die Frage der Wiederaufnahme des Zinsendienstes in bescheidenem Umfang zur Erörterung gelangen werde. Dazu wird vom Reichsfinanzministerium folgendes mitgeteilt:

Es ist in hohem Grade bedauerlich, daß derartige Völlig aus der Luft gegriffene Neuungen, die zur Folge haben, daß der Spekulation ein neuer Antrieb gegeben wird, dem Publikum vorgelegt werden. Weder ist eine Besprechung mit Vertretern der Bankwelt in der Aufwertungsangelegenheit vorgesehen, noch wird im Reichsfinanzministerium daran gedacht, solche unmöglichen Vorschläge, die auch in den verschiedensten sinnlossten Gerüchten an der Waise zum Ausdruck kommen, zur Erörterung zu stellen.

Gegen die Beschränkungen der deutschen Luftschiffahrt

Die 13. Hauptversammlung der wissenschaftlichen Gesellschaft f. Luftfahrt in Frankfurt/M. hat eine Entschließung gefaßt, in der betont wird, daß die Beschränkungen der Luftschiffahrt durch die über das Verfall der Diktat noch hinausgehenden Bestimmungen des Londoner Ultimatus die wissenschaftliche Verfolgung der Luftschiffahrt, die losgelöst von staatlichen Grenzen als Gemeingut den Verkehr aller Völker heben und erleichtern soll, unterbinden. Die wissenschaftliche Gesellschaft für Luftschiffahrt erhebt Einspruch dagegen, daß die deutsche Wissenschaft das Recht auf freie Forschung, eines Rechtsgutes aller Kulturvölker, beraubt wird. Ferner erhebt sie Einspruch gegen die Unterbindung des deutschen Luftverkehrs im besetzten Gebiet und gegen die Verletzung der deutschen Luftfreiheit durch fremde Verkehrslinien. Sie erwartet von der Reichsregierung kräftige Maßnahmen, die deutsche Luftgeltung zu wahren und die deutsche Luftfahrt von den ungeduldeten und kulturfeindlichen Fesseln zu befreien.

Das neue deutsche Strafgesetzbuch

Der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches, mit dessen grundsätzlicher Seite sich vor einigen Tagen das Reichskabinett beschäftigt hat, ist jetzt so weit fertiggestellt, daß er voraussichtlich Ende September einer Kommission von juristischen Sachverständigen zur Prüfung übergeben werden kann. Nach Durchprüfung seitens der Kommission wird der

Entwurf durch das Reichskabinett dem Reichsrat zugeleitet werden, dessen Beratungen über diese schwierige Materie voraussichtlich mehrere Monate in Anspruch nehmen werden. Das Reichskabinett hat sich neulich mit den politischen Fragen die durch das neue Strafrecht aufgeworfen werden, beschäftigt, so u. a. mit der Frage der Todesstrafe, mit dem Abtreibungsparagraphen, dem § 175 u. a. Die Beratung der Einzelfragen im Kabinett wird zurückgestellt, bis das Gutachten der juristischen Kommission vorliegt.

Änderung des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern

Zu dem vielfach verbreiteten Gerücht, das Reichsfinanzministerium pflege bereits Vorverhandlungen für einen neuen Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, teilt die in Stuttgart erscheinende „Württembergische Gemeindezeitung“, das Organ des Vereins württembergischer Körperschaften, mit: Nach den von der Geschäftsstelle des Deutschen Landgemeindetags beim Reichsfinanzministerium eingegangenen Erkundigungen scheinen zurzeit noch keinerlei Vorverhandlungen; ein neuer Ausgleich wird aber zu erwarten sein, wenn die außenpolitische Lage eine gewisse Klärung erfahren hat.

Der Fall Dinter

Der völkische Abgeordnete im thüringischen Landtag, Dr. Arthur Dinter hatte auf dem national-sozialistischen Parteitag in Weimar Mitglieder der Reichsregierung bespöttelt und dabei zu Gewalttaten, u. a. mit folgenden Worten aufgefordert: „Ich klage die gegenwärtige Reichsregierung des Völk- und Hochverrats an! Sie gehören an den Galgen! Wir wollen, daß dieser Völk- und Vaterlandsverrat vor dem Staatsgerichtshof abgeurteilt wird.“ Die Reichsregierung hat nunmehr die eingeleiteten Erhebungen und die Prüfung des Materials abgeschlossen und die Akten dem Oberreichsanwalt überfandt.

Wieder ein französisches Ehrensurteil. Während der Separatistenherrschschaft in der Pfalz war auf den zweiten Bürgermeister von Rixheim, Gumbinger, der im Verdacht stand, Separatist zu sein und der bei der französischen Regie Dienst tat, von drei jungen Leuten ein Revolvententat verübt worden, bei dem Gumbinger durch sieben Schüsse schwer verletzt wurde. Als einer der Beteiligten, die anderen entkamen unerkannt, wurde der 21 Jahre alte Gymnasiast Kettler aus Wobenheim bei Frankenthal, dessen Vater, Bahnvorsteher von Wobenheim im Juli 1923 ausgewiesen war, festgesetzt und vom Landauer Kriegsgericht zu 5 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Gegen dieses Urteil war Revision eingelegt worden und das französische Kriegsgericht Mainz erhöhte die Strafe und verurteilte Kettler zu 10 Jahren Zwangsarbeit.

Kurze Nachrichten

Reichskanzler Dr. Marx, der nach Abschluß des Katholikentages am Mittwoch nach Berlin zurückgekehrt war, reiste gestern zur Erholung nach Sigmaringen.

Der Chef der deutschen Marineleitung, Admiral Behndt, beabsichtigt, Mitte September anschießend an die Herbstmanöver der Seestreitkräfte, von seinem Posten zurückzutreten. Zu seinem Nachfolger ist der bisherige Oberbefehlshaber der Seestreitkräfte, Vizeadmiral Bentz, bestimmt.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, ist nach Koblenz zurückgekehrt. Jockes Aufnahme der Dienstgeschäfte wurde er vom französischen Oberkommissar Tirard zu einer Besprechung gebeten.

Das Wiesbadener Verfahren gegen die Kommunisten. Nach einer Spasameldung aus Wiesbaden hat das französische Kriegsgericht daselbst heute vormittag die deutschen Kommunisten, die wegen antimilitärischer Propaganda angeklagt waren, davon in Kenntnis gesetzt, daß die Londoner Abmachungen inzwischen zwingendes Recht geworden seien und daß sie deshalb bei Anwendung des Unmissetgesetzes für politische Vergehen nicht geschäftig verfolgt werden könnten. Die Verteidigung lag in den Händen des kommunistischen Abgeordneten Berthoin.

Ein holländischer Lebensmittelkredit. Im Haag begannen Verhandlungen über die Flüssigmachung eines holländischen Lebensmittelkredits. Die Verhandlungen werden deutschseits von dem Ministerialdirektor v. Stokkammern, holländischseits von dem Minister Potin geführt.

Eine deutsch-dänische Schulkonferenz wird in Kopenhagen stattfinden. Der dänische Außenminister Graf Walte erklärte, daß es sich dabei um den direkten Austausch von Gedanken und Material handle. Der Vorteil einer Konferenz von Schulfachverständigen aus beiden Ländern liege

darin, daß eine Möglichkeit dafür geschaffen werde, schneller und klarer auf den Kern der Sache zu kommen, als dies auf diplomatischem Wege möglich wäre. Er betonte, daß es sich bei diesen Verhandlungen nicht um den Abschluß eines Minderheitenabkommens handle.

Ein Attentat auf Mussolini. Auf das Automobil des italienischen Diktators Mussolini wurden in Rom mehrere Schüsse abgegeben. Mussolini blieb unverletzt. Den Tätern ist es gelungen, unbemerkt zu bleiben. — Wie aus Berlin gemeldet wird, hat Staatssekretär Freiherr von Malchahn in Vertretung des beurlaubten Außenministers Dr. Stresemann dem italienischen Botschafter einen Besuch abgestattet und ihm die Freude über das Mißlingen des Attentates zum Ausdruck gebracht.

Zu Zusammenstößen zwischen sächsischen Aktivisten und einer Volksmenge kam es in Brüssel. Ein junger Mann wurde schwer verletzt.

Zu den schweren Kämpfen der Spanier in Marokko besagt eine Kundgebung des Madrider Ministeriums, daß man sich einem allgemeinen Aufstande der Eingeborenen gegenüber sehe, durch den die spanischen Soldaten in eine gefährliche Lage gebracht worden seien. Es ist einfach Krieg, heißt es in der Kundgebung weiter, und man muß mit Krieg antworten. Einer solchen Lage gegenüber darf kein Wort, kein Kommentar geduldet werden, der an das Ansehen der Regierung und an das Prestige des Oberkommandos rührt.

Für Annäherung der Balkanvölker. Ende September wird in Sinaja (Rumänien) eine Konferenz zum Zweck gegenseitiger Annäherung der Balkanvölker durch die Kirche stattfinden. Südslawische, griechische, bulgarische, albanische und türkische Abgeordnete werden daran teilnehmen.

Badischer Teil

Die Bestimmungen zum Betreten des besetzten Gebiets

Wie die WZ aus Mannheim meldet, traten mit dem 3. September folgende Bestimmungen der Rheinlandkommission in Kraft:

Ordnung 256 ist hinsichtlich des Verkehrs von Personen des unbesetzten und des besetzten Gebietes aufgehoben, d. h. es ist keine Erlaubnis der Besatzungsbehörden notwendig. Aufgehoben ist auch Ordnung Nr. 230, betreffend Kraftfahrzeuge. In Kraft treten die Ordnungen Nr. 263, Nr. 264 und Nr. 265. Es muß also jeder Bewohner der unbesetzten Gebiete, wenn er sich im besetzten Gebiet aufhalten will, im Besitze eines Personalausweises oder eines Passes sein, worüber schon beim ersten Betreten des besetzten Gebietes Kontrolle geübt wird. Wer im besetzten Gebiet weiterreisen will als im begrenzten Gebiete seines Wohnortes, tut gut, einen Reisepaß bei sich zu führen. Bewohner des unbesetzten Gebietes müssen sich unter Vorzeigung des Passes bei dem zuständigen Delegierten sofort bei der Ankunft melden, wenn sie sich in dessen Befehlsbereich an einem bestimmten Ort länger als zwei Tage aufhalten wollen.

Darnach wäre also der Passzwang zum Betreten des besetzten Gebietes aufgehoben, doch findet eine Kontrolle nach Ausweisen statt. Für längeren Aufenthalt ist jedoch ein Paß erforderlich.

Aufgehoben ist der Visumzwang. Ein Visum seitens der Besatzungsbehörde ist nicht mehr erforderlich. Beim Autovekehr bleibt die für Automobile angeordnete Kautionsunterlegung jedoch bestehen. Diese Zollmaßnahme soll am 9. September gleichfalls aufgehoben werden.

Eine weitere Meldung besagt: W.D. Düsseldorf, 4. Sept. Der kommandierende Genera Degoutte erließ eine Verfügung, die u. a. besagt: Alle über 16 Jahre alten Personen, die ihren Wohnsitz in den besetzten Gebieten haben, müssen einen Personalausweis mit Lichtbild haben, der die Worte „Besetztes Gebiet“ trägt. Jede mit diesem Ausweis versehene Person kann ungehindert zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet verkehren. Deutsche Staatsangehörige, die aus einem anderen Lande als Deutschland kommen, und Angehörige der Staaten, deren Truppen an der Besetzung beteiligt sind, müssen mit den von ihren Landesbehörden ausgestellten bißierten Paß versehen sein und haben die Bestimmungen des deutschen Gesetzes zu befolgen. Personen, die dauernd im besetzten Gebiet sich niederlassen wollen, müssen bei der deutschen Behörde des Ortes, an dem sie sich niederlassen wollen, ein schriftliches Gesuch einreichen, ehe sie sich über 16 Jahre alte Personen, die ihren gewöhnlichen Wohnsitz in den besetzten Gebieten haben, ins unbesetzte Gebiet verlegen will, die deutsche Behörde davon benachrichtigen. Aktive Angehörige der deutschen Wehrmacht können die besetzten Gebiete nicht betreten, ohne die spezielle Ermächtigung, die ihnen von dem kommandierenden General der Infanteriedivision desjenigen Gebietes ausgestellt wird, in das sie sich begeben wollen. Die deutsche Militär- und Polizeiform darf nur mit der besonderen Genehmigung des Armeekommandanten im besetzten Gebiet getragen werden. Jede Person, deren Anwesenheit in den besetzten Gebieten nach Meinung des kommandierenden Generals die Sicherheit der alliierten Besatzungstruppen oder die öffentliche Sicherheit gefährdet, kann aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen werden. Vorläufige oder fahrlässige Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden bestraft. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Verein badischer Pflanzenzüchter

Die Vorstandsmitglieder des Vereins badischer Pflanzenzüchter hielten dieser Tage in Heilbronn eine erweiterte Vorstandssitzung ab. Im Vordergrund der Erörterung stand die Frage der Errichtung eines neuen Instituts für Pflanzenzüchtung der Landwirtschaftskammer in Kallstadt für das gesamte Land Baden. Eine Entschließung, in der die Wichtigkeit der Errichtung dieses Instituts Ausdruck findet, fand einstimmige Annahme. — Einen großen Raum in den Erörterungen nahm die Frage der Prüfung bad. Züchtungen ein, die unter Führung der Landwirtschaftskammer auf streng wissenschaftlicher Grundlage nach einheitlichen Richtlinien durchgeführt werden sollen.

Die vierte Hauptversammlung des Vereins findet in diesem Jahre mit einer Ausstellung badischer Züchtungen anfangs Dezember in Offenburg statt. Als Redner hierzu sind die Herren Prof. Dr. Kiehl, Vorstand der bayerischen Landesanstalt für Pflanzenzüchtung in Weihenstephan, und Saatgutleiter Dohmann, Leiter der Dr. A. Franckens Saatgutwirtschaft in Straßensheim, gewonnen worden.

Eisenbahnotgeld

Zur Behebung von Zweifeln wird wiederholt darauf hingewiesen, daß das auf Dollar und Goldmark lautende wertbeständige Reichsgeld der Deutschen Reichsbahn nicht ausgetrieben ist und bis auf weiteres in Umlauf bleibt.

verurteilt, greift der stolze Türkenkaiser zum Gift, um sich von letzter Schmach zu befreien. Der Fluß, den Bajazet sterbend gegen Tamerlan ausstieß, traf diesen so stark, daß er Andronikos und dessen Braut losgab.

Diese Legende hat auch Nicola Gaym, der Lyriker Händels, benutzt. Er gab der Tochter Bajazets den wenig türkisch klingenden Namen Aleria, die Braut Tamerlans, die dieser an sein Hoflager in Bursa befohlen hatte, nannte er Irene von Trapezunt. Zu Beginn der Oper sitzt Bajazet, der den Tamerlan durch stolzes Gebaren wieder einmal zum Außersehen gereizt hatte, im Kerker. Andronikos, der Griechenfürst, mit der schönen Aleria heimlich verlobt, eilt herbei, um dem gefangenen Sultan die nahe Freiheit zu verkünden. Als dieser erfährt, daß er diese Freiheit dem von Andronikos verurteilten Fußfall seiner Tochter vor Tamerlan verdanken soll, kehrt er stolz in den Kerker zurück. Noch schlimmer aber wird die Lage für Andronikos, als ihm Tamerlan mitteilt, daß er, der Tatar, Aleria liebe und zum Weibe begehre, und aus Dankbarkeit dem Griechen Irene von Trapezunt abtrete. Aus diesen Verwicklungen ergeben sich die innern und äußern Konflikte, wie sie bei der Erzählung der Legende angedeutet wurden und die erst der Tod Bajazets löst.

Die Sammlung der Bad. Volkshunde im Karlsrüher Schlossmuseum

Diese im 3. Stock des linken Schlossflügels völlig neu aufgestellte Abteilung ist von Sonntag, den 7. September an zu den gewöhnlichen Stunden öffentlich zugänglich (für Einzelpersonen auch zu anderer Zeit) und enthält in über 90 Zimmern die bad. Volkstrachten, heimische Trachtenbilder von Gletsch, Taktine, Kallemand u. a. Künstlern, Modelle vom bad. Schwarzwald- und Donnwaldhaus, die Schwarzwälder Hirsensammlung und die Erzeugnisse der ehem. Glashütten auf dem Gebirge, Durlacher, Mosbacher und ältere Bauernkeramik, Bienenhäuser u. a. Terrakotten, bürgerl.-bäuerliche Messing-, Kupfer- u. Zinngeräte, reiches Material der ehem. Schwarzw. Heimindustrie (Schneefei, Schmirer und Flechterei), eine Spinntube mit Webstuhl und Druckmodell, eine Reihe von Zimmern mit altbadischen Hausmöbeln nach Ge-

genden geordnet, eingebaute Schwarzwaldstuben und Wirkzimmer des XVIII. Jhdts., volkstüml.-kirchl. Kunst, Devotionalien und Weihnachtskrippe.

Bei den meisten Gegenständen sind die nötigen sachlichen und wissenschaftlichen Angaben beigefügt; an den Durchgängen ist zur bequemen Übersicht und für eilige Besucher der Inhalt eines jeden Zimmers summarisch verzeichnet. Für die Besucher während der Herbstwoche folgt schließlich seitens des Landesmuseums an dieser Stelle noch eine besondere belehrende Einführung.

Landestheater. Die erste Reueit der diesjährigen Spielzeit, Friedrich Wolffs „Der arme Konrad“, eine Tragödie aus der Bauernrevolte 1514, geht am Sonnabend, den 6. Sept. abends 7 Uhr in Szene. Eine Reihe der Hauptdarsteller waren bereits bei den diesjährigen Festspielen auf dem Hohenwiel Träger ihrer Rollen, so insbesondere der Träger der Titelrolle Robert Würthner. In maßgebenden Aufgaben werden sich vorstellen Siegfried Rünberger, Bruno Hübnert, Arno Ebert, Mibi Scheinflug. An neuen Mitgliedern sind ferner beschäftigt die Herren Friedrich Reug, Friedrich Ruter, Josef von Santen. In Szene gesetzt ist das Werk von Felix Baumach. — Händels „Tamerlan“, das Schwanenstück der Hofoper aus dem Jahre 1724 erlebte Sonntag, den 7. September die Aufführung im Landestheater in neuer Bearbeitung. Das Werk wurde 1724 in London komponiert, feiert also jetzt das 200jährige Jubiläum. Die Texterneuerung Anton Rudolphs strebt vor allem dramatische Erhöhung der Handlung und der Gestalten aus der Musik Händels an, die in diesem Werke so monumental ist wie in keiner seiner anderen Opern. Die neuen Saccoragitate wurden von Hermann Roth, der die musikalische Bearbeitung übernommen hat, stilgemäß komponiert.

Kapellmeister Julius Bürger, der längere Zeit am hiesigen Landestheater wirkte, ist für fünf Jahre als Korrepetitor und Stellvertreter der Kapellmeister an die Metropolitan Opera in Newyork verpflichtet worden.

Zum Tode des Abg. Düringer

Der Reichspräsident richtete an die Witwe des verstorbenen Staatsministers a. D. Düringer folgendes Beileidschreiben: „Sehr verehrte gnädige Frau! Zu dem schweren Verlust, der Sie durch den Tod Ihres Gemahls traf, bitte ich Sie, meiner aufrichtigen und herzlichen Teilnahme versichert zu sein. Der Dahingegangene erwarb in der langen Laufbahn im badischen Landesjustizdienst und seiner parlamentarischen Tätigkeit sich große Verdienste um das Vaterland. Er erfreute sich überall großer Achtung und Sympathie. Sein Andenken wird stets in Ehren gehalten werden. Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung gez. Ebert.“

Kennzeichnend für den ehrlichen Charakter des verstorbenen Abg. Dr. Düringer ist eine Episode, an welche der „Vorwärts“ erinnert. Nach der Ermordung Rathenaus äußerte ein Sozialdemokrat dem damals noch deutschnationalen Dr. Düringer gegenüber, daß die Deutschnationalen durch Förderung der bürgerlichen Partei die eigentlich Schuldigen am Tod Rathenaus seien. Düringer antwortete: „Ich kann dagegen gar nichts sagen, Sie haben vollständig recht.“ Tags darauf trat Düringer aus der Deutschnationalen Partei aus und zur Deutschen Volkspartei über.

Aus den Parteien

Am Sonntag, den 7. September tritt der Landesauschuss der Deutschen Volkspartei in Baden vormittags 11 Uhr in Baden-Baden zu einer Tagung zusammen, in der sich die Parteiführer über die politische Lage aussprechen werden. Über die Reichspolitik wird Reichstagsabg. Dr. Curtius, über die Landtagspolitik Abg. Prof. Weber und über den Entwurf des neuen Reichswahlgesetzes Generalsekretär Bumann referieren.

Aus der Landeshauptstadt

Karlsruher Herbstwoche. Vom 7. September bis Anfang Oktober d. J. findet in den Räumen des Landesmuseums die Ausstellung einer neuen Abteilung der „Badischen Volkskunde“, statt, der die Öffentlichkeit begreiflicherweise ein besonderes Interesse entgegenbringt, da es sich hier um kulturelles Heimatgut im engeren und tieferen Sinn handelt. Wir treten unmittelbar zum heimischen Herd, sehen vom Unter- und Oberland, vom Schwarzwald und vom Oberrhein den liebgeordneten Hausrat der Väter- und Vorfäterzeit, von dem für uns Spätgeborene leider das Meiste bereits verschunden ist: blinkendes Kupfer- und Messinggeschloß, den Marzipan- und Lebkuchenmodell in den ledesten Formen, den Riesenpanzer — Spänbrenner — und die Nachtwächterhörner, reichverzietes Bauerngeschloß, buntemaltes Krögle, Krüben, Schränke und Himmelbettstätten bis zu den kunstvollen, farbigen und geschliffenen Schwarzwalddübeln und den Hirschauser Konfiguren, den berühmten „Bad. Tanagra“. Zwischen diese inhaltsreichen Reihen schließen sich in behaglicher Ruhe eine Spinnstube mit schnurrenden Mädchen und klapperndem Webstuhl, eine ganze Flucht von Schwarzwalddimmern mit heimischem Mobiliar, eingebaute Wirt- und andere bad. Stuben mit der alten Wand- und Deckenbemalung, aus Bachheim- und Buchenberg, aus Nippoldsried und Hagau, die nur auf die anziehendste Sammlung, die statliche Reihe der prächtigen einheimischen Volkstrachten und Trachtenteile überleitet. Mit der volltümlichen kirchlichen Kunst der Kleinkunst und den Weißnachtsstücken schließt diese über 90 Räume einnehmende Ausstellung, die nicht zuletzt eine Schau für das Kinderherz sein wird. Seitens der Direktion des Landesmuseums, die diese völlige Neuaufstellung zwecks früherer Umbauung und innerer Geschlossenheit ausschließlich durchführte, wird zur Herbstwoche für das besuchende Publikum noch eine eingehende wissenschaftlich belehrende Einführung erfolgen.

Die Kala-Ausstellung in der städtischen Ausstellungshalle, die am Samstag nachmittag halb 4 Uhr mit einer intimen Feier eröffnet wird und ab Sonntag vormittag 10 Uhr auch der Allgemeinheit zugänglich ist, steht heute so gut wie fertig da. Was dort in den letzten 24 Stunden von den Ausstellern im Verein mit der Ausstellungsleitung an Arbeit geleistet wurde, ist direkt erstaunlich. Von allen Seiten, insbesondere auch von den erst vor wenigen Tagen beendeten Feinkost-, Lebens- und Genussmittel-Ausstellungen in Köln und Darmstadt strömten die Ausstellungsgüter in solchen Massen zu, daß die anfahren Wagen zeitweilig stundenlang stehen mußten, bis es möglich wurde, an sie zum Zwecke der Entladung heranzukommen. Aber nicht nur der reale Inhalt

der Ausstellung ist überaus reich und interessant, sondern auch die dekorative Ausgestaltung der über 100 einzelnen Abteilungen ist nach jeder Richtung hin vortrefflich gelungen und sehenswert. Hier findet jeder, der Raie sowohl wie der Fachmann, volle Befriedigung und auch die Hausfrau — die ja gewissermaßen zwischen beiden steht — wird diese Ausstellung mit größtem Interesse durchwandern. Da die Ausstellung die ganze nächste Woche über auch Werktags geöffnet ist, dürfte wohl mancher nach einem allgemeinen Ueberblick am Sonntag auch noch einen den Einzelheiten gewidmeten Besuch der Ausstellung während der Wochentage vornehmen. Den müde gewordenen Besuchern winkt im Weinrestaurant und im Bierzelt angenehme Stunden der Erholung, die an den Abenden durch gute Konzert- und Gesangsvorträge noch besonders gewürzt werden.

Autoprobefahrten auf den belebtesten Straßen um die Stadt nehmen nach zahlreichen Beschwerden einen solchen Umfang an, daß Abhilfe dringend geboten erscheint. Die Schutzmannschaft ist angewiesen, auf von Fußgängern zahlreich belebten Straßen gegen Probefahrer aller Art unmissverständlich einzuschreiten. Probefahrten mit Kraftwagen und Krafttrabern müssen in die weitere Umgebung verlegt werden.

Kurze Nachrichten aus Baden

* Mannheim, 4. Sept. Zum Gedächtnis des im Weltkrieg gefallenen Sozialistenführers Ludwig Frank wird am Sonntag im Museum des Hofgartens eine Gedächtnisfeier stattfinden. Die Gedächtnisrede wird Staatsrat Marum aus Karlsruhe halten.

* Heidelberg, 4. Sept. Aus Nancy wird gemeldet, daß das dortige Kriegsgericht den Unterstaatsprofessor Dr. Vulpinus in Abwesenheit zu 20 Jahren Zuchthaus und 20 Jahren Lebenslanges Verbot verurteilt hat. Dr. Vulpinus wird beschuldigt, als Arzt französischen Verwundeten ihren und Wriestischen gestohlen zu haben, weiter soll er gebildet haben, daß französische verwundete Soldaten durch seine Leute ausgeplündert wurden. Dazu schreibt das „Heidelberger Tagbl.“ u. a.: Die Anklage basiert auf einer bereits vor Jahren als Lüge gebrandmarkt plumben Erfindung des französischen Buches „Leur crime“. Vulpinus hat schon vor Jahren die lächerlichen Verleumdungen, dem Auswärtigen Amt gegenüber, richtiggestellt. Auch hat das Reichsgericht in dieser Angelegenheit verhandelt und nach Einvernahme von Zeugen die Beschuldigungen gegen Vulpinus als vollkommen unfundiert und haltlos erklärt.

* D. Heidelberg, 3. Sept. Nach Meldungen New Yorker Mütter plant der von badischen Landeskenten gegründete amerikanische Gesangsverein „Badische Harmonie“, im nächsten Frühjahr eine Reise nach der alten Heimat zu machen. Die Reise soll am 16. Mai 1925 angetreten werden.

* Bruchsal, 4. Sept. Zu der Entlassung des Rechtsanwalts Hau aus dem Zuchthaus erfährt die „B. Ztg.“, daß Hau auf Wohlverhalten mit einer Bewährungsfrist von 6 Jahren entlassen wurde. Hau hat sich nach Bismarck, dem Wohnort seiner Tante begeben.

* D. Baden-Baden, 4. Sept. Wie aus einer amtlichen Bekanntmachung des hiesigen Amtsgerichts ersichtlich ist, ist der Verordnungsdirektor Ludwig Freiherr v. Sedendorf, in Heidelberg wohnhaft, mit einem Strafbeschluss von 50 G.M. evtl. 5 Tage Gefängnis belegt worden, weil er am 21. Mai d. J. in der Telegammannhofsstraße des Postamts in Baden-Baden die vier amnestierten Postbeamten „in kaudem tone“ eine „unerbört faule Gesellschaft“ tituliert habe.

* D. Iffezheim (Amt Rastatt), 4. Sept. Der Renaverien Iffezheim teilt mit, daß die für den nächsten Sonntag angesetzten Rennen wegen unvorhergesehener Hindernisse nicht stattfinden können.

* D. Neuenburg, 3. Sept. Die Internationale technische Kommission, die, wie bereits vor einiger Zeit gemeldet, von Rotterdam aus den Rhein zu einer technischen Inspektion befehligt, wird demnächst auch hier durchkommen auf der Fahrt nach Basel. Die Kommission soll am Freitag den 12. d. M. in Basel eintreffen und wird mit dem Reilboot „Rud. Celpe“, das der Verein für die Schiffahrt auf dem Oberrhein zur Verfügung stellt, die Basler Hafenanlagen besichtigen.

* D. Säckingen, 4. Sept. Wie aus Niederschwarzstadt berichtet wird, kommt die früher in hoher Blüte stehende Rheinfischerei jetzt wieder mehr und mehr zur Geltung. So konnte man erst vor einigen Tagen dem ungewohnten Schauspiel des Zusammenfließens eines solchen Fisches und seiner Fahrt auf dem Rücken des Stromes durch die Flossgasse der Stauwerke Rheinfelden zusehen. Das Schauspiel hatte viele Neugierige angelockt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	5. Sept.	4. Sept.
Amsterdam 100 G.	161.20	162.00
Kopenhagen 100 Kr.	69.43	69.77
Italien . . . 100 L.	18.50	18.40
London . . . 1 Pf.	18.68	18.77
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	22.14	22.26
Schweiz . . . 100 Fr.	78.80	79.20
Wien 100 000 Kr.	5.91	5.93
Brag . . . 100 Kr.	12.55	12.61

Notierung über 100 Prozent

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 2. September 1924 beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 92 sh 1 d, bzw. für ein Gramm Feingold 35,5268 Pence.

Deutsch-russisches Petroleum-Geschäft. Den Berliner Blättern zufolge, ist zwischen dem deutschen Konsortium, an dessen Spitze die deutsche Erdölgesellschaft steht, und dem Vertreter des russischen Kaphasjindustrials Dr. Walthaus ein Erdöllieferungsvertrag zustande gekommen, der der russischen Erdölproduktion denselben Umfang auf dem deutschen Petroleummarkt einräumt, wie vor dem Kriege.

Übermalige Erweiterung der ungarischen Einfuhrfreiliste. Das ungarische Amtsblatt veröffentlichte am 23. August eine Regierungsverordnung, mit der die Freiliste für Einfuhrwaren abermals eine bedeutende Erweiterung erfährt. Unter den freigegebenen Artikeln befinden sich Schuhe, Leder, Hüte, Textilwaren, mit Ausnahme von Stoffen, Schreibmaschinen usw. Die Zollsätze sind auf Grund des neuen Zolltarifs festgesetzt. Nähere Auskünfte hierüber erteilt die Reichsnachrichtsstelle des Auswärtigen Amtes, Mannheim, Wörle, Zimmer Nr. 7.

Ursprungsbezeichnung bei Warenzufuhr nach Argentinien. Wie uns die Reichsnachrichtsstelle des Auswärtigen Amtes für Außenhandel in Mannheim mitteilt, tritt das Gesetz über die Ursprungs- und Warenbezeichnung in Argentinien nicht erst ein Jahr nach der Veröffentlichung im Gesetzblatt (dem 7. Dezember), sondern bereits am 10. November (also ein Jahr nach der Verkündung) in Kraft. Alle in Argentinien nach dem 10. November d. J. eintreffenden Waren müssen also eine Ursprungsbezeichnung in beliebiger Sprache, wie Deutschland, Industria alemana, Made in Germany, aufweisen, die auf jedes Stück, bei Metallen und Metallartikeln, auf dem Verpäckungsmittel und bei anderen Waren gedruckt sein und außerdem auf den Verkaufspapieren nebst Maß, Gewicht und Inhalt, bei Nahrungsmitteln und Gespinnsten nebst Reinheit oder Mischung, gedruckt erscheinen müssen. Prägung oder Aufdruck auf jedem Stück können bei besonders feinen oder handelsüblich nicht gezeichneten Waren fortfallen.

Zababverbrauch und Zababzufuhr in Deutschland. Nach einer statistischen Aufstellung des Weltzababverbrauchs steht Deutschland nach Holland und Amerika an 3. Stelle. Wie die Zababzeitung „Zigaretten- und Zigarettenmagazin“ (Dresden) berichtet, schätz man den durchschnittlichen Jahreszababverbrauch pro Kopf folgendermaßen: Holland 3400 Gramm, Amerika 2100 Gramm, Deutschland 1562 Gramm, Österreich 1400 Gramm, Norwegen 1135 Gramm, Dänemark 1125 Gramm, Frankreich 1000 Gramm, die übrigen Länder folgen in größeren Abständen. Diese Angaben über die Stellung Deutschlands unter den zababverbrauchenden Ländern decken sich mit den statistischen Feststellungen über die Zababzufuhr in Deutschland. Die Zufuhr von Zabab aus Deutschland ist sehr gering und betrug in den ersten 6 Monaten des Jahres 1924 nur insgesamt 222 Doppelzentner. Dagegen wächte die Zufuhr von Zabab nach Deutschland von Monat zu Monat. Nach der oben zitierten Dresdener Zababzeitung wurden im 1. Halbjahre 1924 530 000 Doppelzentner Zabab nach Deutschland eingeführt gegenüber einer Zufuhr von nur 234 000 Doppelzentner in der ersten Hälfte des Vorjahres, somit hat sich die Zababzufuhr nach Deutschland gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt.

Einfuhrbewilligung für Schlachtvieh deutscher Herkunft in die Schweiz. Das schweizerische Einfuhrverbot für Schlachtvieh deutscher Herkunft, das am 7. August 1924 erlassen worden ist, ist jetzt dahin abgeändert worden, daß neuerdings ab 10. September für Bezüge aus Baden, Württemberg und Bayern Einfuhrbewilligungen erteilt werden.

Neu-Eröffnung!
Korsetts-Spezial-Geschäft
Frau Charlotte Knapp
Kaiserpassage 8 KARLSRUHE Telefon 1713
frühere langjährige Filialleiterin der Firma Gebr. Lowandowski
Neuanfertigungen — Waschkorsetts und Reparaturen werden im eigenen Atelier gefertigt

Selbständige Lebensstellung!
Es bietet sich Herren, evtl. auch Damen, glänzende Berufstätigkeit, Verdienst 2555

Maat 500.— monatlich
und mehr, je nach der Größe des Bezirks, durch den Alleinverkauf unserer hochwertigen Diamant-Perfekte. Erforderlich 500—1000 M. Betriebskapital. Musterkollektion gegen Einsendung von 11 M. Verträge und Verkaufsorganisation liegen bei.

Westdeutsche Maschinenbau-Handels-Gesellschaft
Eberfeld, Döberberg 99, Telefon 3376.

Büro - Bedarf!
Suche zur Mitnahme meines gesetzlich geschützten Typenreinigers tüchtigen **Reisenden** gegen Provision.
H. Grimm, Stuttgart
Neuhausenstraße 3.

Buchdruckerei und Verlag
G. Braun & Co.
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlsruherstraße 14
Karlsruhe

Modern eingerichtete leistungsfähige Buchdruckerei
Herstellung von Werken, Zeitschriften und Druckfachen jeder Art
Schnelle und sorgfältige Ausführung

Badisches Landestheater.
Samstag, 6. Sept. 7—10 Uhr. Sp. I 4.80.
Abonn. G 1. Th.-Gem. B.V.B. II. Sondergruppe.
Zum erstmalig: **Der arme Konrad.**
Tragödie in 5 Akten aus der Bauernrevolte 1514 von Friedrich Wolf.

Spielplan vom 7.—16. September.
Im Landestheater. So. 7.* Abonn. B 2. Th.-Gem. B.V.B. III. Sondergruppe. Uraufführung: **Tamerlan.** Oper in 3 Akten von Nicola Haym. Musik von Georg Friedrich Händel. Textliche Neugestaltung von Anton Rudolph, neue Secorezitate und musikalische Einrichtung von Hermann Roth. 6 1/2. (Sp. I 8.00.) — Mo. 8.* Abonn. A 2. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 801—1000. Molière-Abend. **Die Lustspielprobe.** Hierauf: Amphitryon. 7 1/2. (Sp. I 4.80.)

Die 9.* Abonn. E 2. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1101 bis 1300. **Der Wildschütz oder Die Stimme der Natur.** 7 1/2. (Sp. I 7.00.) — Mi. 10.* Abonn. C 2. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1301—1700. **Der arme Konrad.** 7 1/2. (Sp. I 4.80.) — Do. 11.* Abonn. F 2. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1701—2100. **Das Käthchen von Heilbronn.** 7. (Sp. I 4.80.) — Fr. 12.* Abonn. G 2. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2101—2300. **Tamerlan.** 7 1/2. (Sp. I 7.00.) — Sa. 13.* Abonn. D 2. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2301—2700. Zum erstenmal: **Wer weint um Luckenack?** Tragikomödie in 3 Akten von Hans J. Rehlfisch. 7 1/2. (Sp. I 4.80.) — So. 14.* Abonn. B 3. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2701—3000. Zum erstenmal: **Die neugierigen Frauen.** Musikalische Komödie in 3 Aufzügen (6 Bildern) nach Carlo Goldoni von Graf Dr. Luigi Sugana. Deutsch von Hermann Teibler. Musik von Emmano Wolf-Ferrari. 6 1/2. (Sp. I 8.00.) — Mo. 15.* Abonn. A 3. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3001—3400. **Der arme Konrad.** 7 1/2. (Sp. I 4.80.) — Di. 16.* Abonn. C 3. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3401—3700. **Hänsel und Gretel.** Hierauf: **Der geprellte Pantalone.** 7 1/2. (Sp. I 7.—) **Im Konzerthaus.** So. 7.* Die fünf Frankfurter. 7. (Park. I 3.80.) — So. 14.* Zum erstenmal: **Der Meisterboxer.** Schwank in 3 Akten von Otto Schwartz und Carl Mathern. 7. (Park. I 3.80.) Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 6., nachmittags 1/4—5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 8., an. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (9—1, 4—6 Uhr).

Bürgerl. Rechtspflege a. Greitige Gerichtsbarkeit.
Z. 497. **Durack.** über das Vermögen des Kaufmanns Karl Meyer in Durack wurde heute am 2. September 1924, nachmittags 12 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner zahlungsunfähig ist und die gläubigerische Firma-Gustav Boehm, Offenbach, die Eröffnung des Konkursverfahrens beantragt hat. Der Rechtsanwalt N. Moses in Durack ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 18. September 1924 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte, Zimmer Nr. 28, zur Beschlußfassung über die Wahl eines oder mehrerer Verwalter, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Donnerstag, den 2. Oktober 1924, nachmittags 4 Uhr. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufzugeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgefordert werden, Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 18. September 1924 Anzeige zu machen.

Durack, 2. Sept. 1924.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Die 9.* Abonn. E 2. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1101 bis 1300. **Der Wildschütz oder Die Stimme der Natur.** 7 1/2. (Sp. I 7.00.) — Mi. 10.* Abonn. C 2. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1301—1700. **Der arme Konrad.** 7 1/2. (Sp. I 4.80.) — Do. 11.* Abonn. F 2. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1701—2100. **Das Käthchen von Heilbronn.** 7. (Sp. I 4.80.) — Fr. 12.* Abonn. G 2. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2101—2300. **Tamerlan.** 7 1/2. (Sp. I 7.00.) — Sa. 13.* Abonn. D 2. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2301—2700. Zum erstenmal: **Wer weint um Luckenack?** Tragikomödie in 3 Akten von Hans J. Rehlfisch. 7 1/2. (Sp. I 4.80.) — So. 14.* Abonn. B 3. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2701—3000. Zum erstenmal: **Die neugierigen Frauen.** Musikalische Komödie in 3 Aufzügen (6 Bildern) nach Carlo Goldoni von Graf Dr. Luigi Sugana. Deutsch von Hermann Teibler. Musik von Emmano Wolf-Ferrari. 6 1/2. (Sp. I 8.00.) — Mo. 15.* Abonn. A 3. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3001—3400. **Der arme Konrad.** 7 1/2. (Sp. I 4.80.) — Di. 16.* Abonn. C 3. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3401—3700. **Hänsel und Gretel.** Hierauf: **Der geprellte Pantalone.** 7 1/2. (Sp. I 7.—) **Im Konzerthaus.** So. 7.* Die fünf Frankfurter. 7. (Park. I 3.80.) — So. 14.* Zum erstenmal: **Der Meisterboxer.** Schwank in 3 Akten von Otto Schwartz und Carl Mathern. 7. (Park. I 3.80.) Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 6., nachmittags 1/4—5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 8., an. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (9—1, 4—6 Uhr).